

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 parlamentsdienste@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

P 232/2002 (Bau + Justiz)

Postulat Jürg Liechi, Oekingen (FdP/JL), Wolfgang von Arx, Egerkingen (CVP), Markus Schneider, Solothurn (SP), vom 18.12.02:

Anpassung des Kantonalen Richtplans im Bereich Post und Telekommunikation

Der Regierungsrat wird eingeladen, die unter Ziffer 6.3 des Kantonalen Richtplans (Rubrik «Post und Telekommunikation») vorgesehene «flächendeckende Versorgung» des Kantonsgebiets mit regionalen Radio- und Fernsehprogrammen (PR 6.3.2) sowie mit Infrastrukturanlagen im Post- und Kommunikationswesen (PR 6.3.1) explizit auf den Mobilfunk auszudehnen.

Begründung: 18.12.02 (schriftlich)

Gesicherte und qualitativ hochstehende Verbindungen für die mobile Kommunikation und den mobilen Datentransfer sind ein Standortfaktor, der heute schon von grosser Bedeutung ist und dessen Wichtigkeit sich in Zukunft noch akzentuieren wird. In seiner Antwort zur Interpellation Markus Schneider (I 40/2002) räumt der Regierungsrat der «optimalen Abdeckung des Kantonsgebiets mit Antennen für den GSM- und UMTS-Verkehr denn auch eine hohe Priorität» ein.

Die flächendeckende Versorgung des Kantonsgebiets mit einer Infrastruktur, die einen qualitativ hochstehenden Mobilfunk sicher stellt, ist darum in mehrererlei Hinsicht bedeutungsvoll: Angesichts des nachweislich vorhanden volkswirtschaftlichen Nutzens von mobiler Kommunikation und Datentransfer trägt ein tadellos funktionierende Mobilfunkverkehr schon heute – und in Zukunft noch vermehrt – entscheidend zur Qualität auch des Kantons Solothurn als Wirtschafts- und Wohnstandort bei. Sicherheitseinrichtungen wie Feuerwehr, Zivilschutz, usw. betreiben ihr Aufgebotswesen immer öfter über den Mobilfunk; Rettungsdienste bestätigen, dass bereits heute die Mehrheit der Notrufe nicht mehr über das Festnetz, sondern via Mobilfunk erfolgt.

Die Absicherung der mobilen Kommunikations-Infrastruktur im kantonalen Richtplan und damit eine behördenverbindliche Politik und eine nachvollziehbare, willkürfreie und die Rechtssicherheit gewährleistende Praxis in den damit zusammenhängenden Planungs- und Bewilligungsentscheiden drängt sich daher auf.

Unterschriften:

1. Jürg Liechi, 2. Wolfgang von Arx, 3. Markus Schneider, Peter Wanzenried, Annekäthi Schlu-ep, Markus Grütter, Peter Brügger, Irene Froelicher, Andreas Eng, François Scheidegger, Janine Aebi, Marlise Wagner, Andreas Gasche, Kurt Wyss, Hansruedi Wüthrich, Urs Hasler, Hubert Blä-si, Roland Frei, Simon Winkelhausen, Regula Gilomen, Lorenz Altenbach, Bruno Biedermann, Kurt Friedli, Ursula Rudolf, Thomas Roppel, Beat Loosli, Ernst Zingg, Claude Belart, Kaspar Sutter, Helen Gianola, Hanspeter Stebler, Kurt Zimmerli, Verena Hammer, Ernst Christ, Thomas Mägli, Peter Meier, Theodor Kocher, Stefan Ruchti, Stephan Jäggi, Leo Baumgartner, Martin Wey, Rolf Späti, Martin Rötheli, Michael Heim. (44)

Antwort des Regierungsrats